

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**
Postkassen-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er erscheint an jedem Werktag
Von Kasse höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Art
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM frei lebend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Drosse's Reilmesser 14)
RM 0.25, in der Anzeigenschrift Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60, Reklame RM 0.60, Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Breditz, Hauswalde, Dorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Moxer)

Schriftleiter: J. W. Moxer in Pulsnitz

Nummer 262

Donnerstag, den 10. November 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Freitag, den 11. November 1927, vormittags 11 Uhr sollen in Puls-
nitz Restaurant zum Bürgergarten
1 Nähmaschine
nachmittags 3 Uhr in Lichtenberg Mittelgasthof
1 Bücherschrank, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Sofa
meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Reichskanzler und Reichsaußenminister werden Ende der Woche nach
Wien reisen.
Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen begannen die Beratungen
über das neue Mietrecht.
Reichsjustizminister Hergt sprach im Wohnungsausschuß des Reichstags
über die Lockerung der Zwangswirtschaft.
Wie die Morgenblätter aus Biao melden, haben zwei spanische Dampfer
einander gesamt. Einer von ihnen ist gesunken. Neun Personen
haben dabei den Tod gefunden, drei sind gerettet worden.
Die Mosel ist von Dienstag auf Mittwoch um rund 1.50 Meter ge-
stiegen. Mittwoch nachmittag um 3 Uhr zeigte der Wasserstand
2.50 Meter. Da ein starkes Steigen der Obermosel gemeldet wird,
ist bei weiter anhaltendem Regenwetter mit einem besonders hohen
Stand der Mosel zu rechnen.
Schulkreuzer „Emden“ ist am 8. November vor Rivadavia (Argen-
tinen) geankert und wird am 11. November nach Bahia Blanca
(Argentinien) in See gehen.
Lloyd George beschäftigt mit seinen Kindern und Großkindern am
21. Dezember eine Segeltour nach Rio de Janeiro anzutreten. Den
heiligen Abend und die Weihnachtstage wird die Familie Lloyd
Georges auf hoher See verbringen. Rio de Janeiro soll für drei
bis vier Tage angelangt werden.
Die deutschen Papiere an der New Yorker Börse liegen, von ganz ge-
ringfügigen Schwankungen abgesehen, fest.
Aus Moskau wird halbamtlich gemeldet, daß die Sowjetbehörden bis-
her, entsprechend der letzten Annahme, 70 000 Gefangene freigelassen
haben. Insgesamt sollen 125 000 Gefangene auf freien Fuß gesetzt
werden.
In Paris wurde ein riesiger Wertpapierwindel aufgedeckt.
Durch den Abschluß des spanisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages
hat sich die Spannung zwischen Frankreich und Italien verschärft.
In Mexiko ist ein neues Komplott gegen die Regierung Calles aufge-
deckt worden.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Wiederbesetzung der 2. Pfarr-
stelle.) Das Ev.-luth. Landeskonsistorium hat den Antrag
der Kirchgemeindevertretung entsprechend, die Wiederbesetzung
der 2. Pfarrstelle in Pulsnitz in die Wege geleitet.

Pulsnitz. (Heimatschutz-Vorträge.) Diesen
Freitag, den 11. Novbr., abends 8 Uhr, findet im Schützen-
haus Pulsnitz ein Apels Marionetten-Theater-Abend statt,
der bei Jung und Alt großen Jubel und hellste Be-
geisterung auslösen wird. Näheres siehe heutiges Inserat.

Pulsnitz. (Olympia-Theater.) 9. Novem-
ber 1914. Auf den Trümmern des Kreuzers „Emden“
wird nach 90 tägiger Wikingereise die Flagge niedergeholt
und verbrannt. Anlässlich der Wiederkehr dieses Tages läuft
diese Woche im Olympia-Theater der Film „Unsere Emden“.
Wie seinerzeit die Taten der „Emden“ die Anerkennung der
Gegner fanden, so daß auf besonderen Befehl des englischen
Königs die Offiziere ihre Waffen behalten durften, so auch
jetzt der Film. Der Kommandant der „Emden“, der die
„Emden“ vernichtete, sagt über den Film: „Er halte den
Emden-Film für geradezu wunderbar. Die Zerstörung der
drahtlosen Station auf den Kokosinseln durch das Landungs-
korps der „Emden“ (auch im Film durch Kapitänleutnant
v. Mücke kommandiert) und die folgenden Ereignisse der
Schlacht halte er für besonders gut.“

(Postkartengröße.) Von zuständiger Stelle
wird erneut darauf hingewiesen, daß Postkarten, die größer
sind als die in den Abmessungen von 14,8:10,5 cm amtlich
ausgegebenen Postkarten gegen die Postkartengebühr
nicht mehr befördert werden, sondern der Briefgebühr unter-
liegen. Es liege im Interesse der Versender, diese Bestim-
mung genau zu beachten, weil solche unzulässigen Postkarten,
wenn sie nicht mit der Postkartengebühr freigemacht sind,
mit Nachgebühr belastet werden müssen.

(Kalter Winter in Sicht?) Man rechnet in
meteorologischen Kreisen damit, daß Anfang Dezember der
erste große Kälteeinbruch eintreten wird, der aber nicht so

Um die Lockerung der Wohnungs-Zwangswirtschaft

Reichsjustizminister Hergt begründet nochmals die Regierungsvorlage

Bayerns Finanzminister gegen Parker Gilbert — Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom Reichskabinett
verabschiedet — Senator Borah über Deutschlands Anleihepolitik — Die Lage in China

Berlin. Im Reichstagsausschuß für
Wohnungswesen kam am Dienstag zur General-
debatte über die beiden Gesetzesentwürfe, die die Abänderung
des Reichsmietengesetzes und des Mieterchutzgesetzes vorsehen.
In dem neuen Entwurf eines Gesetzes zur Lockerung
des Mieterchutzgesetzes will die Regierung einen

Mittelweg zwischen den Wünschen der Mieter und
denen der Vermieter

einschlagen. Die Verhandlungen über das neue Gesetz müssen
bis zum 31. Dezember beendet sein, da sonst eine Rinde ent-
stehen würde. In der Ausschussführung kam zunächst der
Sozialdemokrat Lipinski zu Wort, der für die Schaffung
eines dauerhaften sozialen Mietrechts, also für eine Abände-
rung des bürgerlichen Mietrechts, eintrat. Die Begrün-
dung der Regierungsvorlage gebe selbst den Bedarf an
Wohnungen bis zum Jahre 1935 auf 200 000 an. Die öffent-
liche Wirtschaft habe die Pflicht, der Notlage zu steuern.

Reichsjustizminister Hergt

wies auf die anormalen Wohnungsverhältnisse in Deutschland
hin und hob hervor, daß wir zunächst aus der bestehenden
Wohnungsnotlage herauskommen müßten. Es handelt sich
im wesentlichen bei dem neuen Entwurf um eine

Bereinfachung eines bisher umständlichen und kostspieligen
Verfahrens.

An der materiellen Grundlage ändere die Vorlage überhaupt
nichts. Das Kompromiß solle auch dem Mieter wert-
volle Vorteile bringen, die Aufrechnungsmöglichkeit, die
vierteljährliche Kündigungsfrist, die Einschränkung der Kün-
digungen.

Der Volksparteiler Beythien forderte Berücksichtigung
der vielen Haushaltungen, die ohne Wohnung seien. Erfreu-
licherweise seien gemäß Anträgen seiner Fraktion im Landtag
durch den preussischen Wohlfahrtsminister die Wohnungsmänter
in Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern bereits aufgehoben.

Der deutschnationale Abgeordnete Steiniger hielt
die Zahl von 600 000 fehlenden Wohnungen in Deutschland
für erschreckend genug. Er trat dem Vorredner bei, daß man
Schutzbestimmungen für den Mieter solange aufrechterhalten
müsse, als Angebot und Nachfrage nicht geregelt seien.

Berlin. Im Reichstagsausschuß für Woh-
nungswesen wurde die Debatte über Abänderung des
Mietrechts fortgesetzt. Der Abgeordnete Dr. Jürissen von
der Wirtschaftlichen Vereinigung betonte gegenüber der sozial-
demokratischen Auffassung die Unverletzlichkeit des Eigentums.
Der Zentrumsabgeordnete Tremmel vertrat den Stand-
punkt, daß die Wohnungs-Zwangswirtschaft so lange aufrecht
erhalten werden müsse, bis ein Ausgleich auf dem Wohnungs-
markt erzielt sei. Dem Vermieter müsse ein gewisser Schutz
eingeräumt werden. Nachdem der Demokrat Bartischat
eine Nachprüfung der Regierungsvorlage gefordert hatte,
sprach

Reichsjustizminister Hergt

noch einmal über die Regierungsvorlage. Es sei verständlich,
daß sich die Mieterkreise dagegen gewendet hätten, da es
sich um eine Lockerung der Zwangswirtschaft handele. Nach
Ansicht der Regierung sei die Zeit für die Einführung des
in der Vorlage vorgesehenen Kündigungsverfahrens durchaus
gekommen. Die Neuerung sei aber für den Mieter keines-
wegs gefährlich. Was die grundsätzliche Seite der Zwangs-
wirtschaft anbelange, sei folgendes als die Auf-
fassung der Regierung festzustellen:

Sede Zwangswirtschaft beeinträchtigt das durch die Ver-
fassung gewährleistete Eigentumsrecht und die ebenfalls
garantierte Vertragsfreiheit. Sie lähme, wie sich im Krieg
und in der Nachkriegszeit gezeigt habe, die Privat-

initiative, rufe Unsicherheit und Verärgerung hervor und
wirke nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft ein. Mißlich
sei ferner der mit jeder Zwangswirtschaft verbundene große
Verwaltungsapparat sowie die nicht zu leugnende Ver-
suchung einer mißbräuchlichen Benutzung solcher Einrich-
tungen. Alles dies gelte im besonderen Maße für das
Wohnungswesen; während man sich im übrigen überall zur
freien Wirtschaft zurückgefunden habe, sei hier — wie er
zugebe, notgedrungen ermaßen — ein Rest der Zwangswirt-
schaft zurückgeblieben.

Als besonders nachteilige Folgen seien zu bezeichnen:
Die Unlust des Privatkapitals, Geld für Bauzwecke her-
zugeben, die dadurch störende Neubautätigkeit, die Nachteile
für die mit der Bautätigkeit in Verbindung stehenden Hand-
werksbetriebe, die Diskreditierung des Vermietergewerbes und
dergleichen. Allerdings sei die

Zeit zu einer völligen Aufhebung der Wohnungs-Zwangs-
wirtschaft noch nicht gekommen.

Immerhin müsse dem Ziel der freien Wirtschaft schrittweise
zugestrebt werden.

Zum Schluß kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen
den Sozialdemokraten und dem Abgeordneten Winnefeld
von der Volkspartei, der der Linken vorwarf, sie hätte gegen
den Bau von Wohnungen gearbeitet und 1921 ein groß-
zügiges Bauprogramm vereitelt, weil sie die Zwangswirt-
schaft nicht fallen lassen wollte.

Bayerns Finanzminister gegen Parker Gilbert.

München. Im bayerischen Landtag gab Finanzminister
Dr. Schmelzle ein Bild der bayerischen Finanzlage. Das
Memorandum des Reparationsagenten sei für die Länder
von der allergrößten Bedeutung, weil es sich auch mit der
Ordnung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und
Ländern befaße. Eine Folge des Schreibens des Repara-
tionsagenten sei bereits dadurch eingetreten, daß auf Ver-
anlassung der Reichsregierung die Richtlinien der Beratungs-
stelle für Auslandsanleihen eine wesentliche Verschärfung er-
fahren, so daß es zweifelhaft sei, ob Bayern seinen Anleihe-
bedarf während der nächsten zwei Jahre werden decken können.
Der bayerische Haushalt drohe damit in eine außerordentlich
schwierige Lage zu kommen, denn wenn nicht das Reich helfe,
sei eine Anleihe unumgänglich.

Die Auffassung des Reparationsagenten gehe aus-
schließlich davon aus, wie das Reich am leistungsfähigsten
für die Reparationsverpflichtungen bleibe. Er komme dabei
zu der Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit des Reiches um
so größer sei, je weniger es an die Länder und Gemeinden
abgebe. Diese Schlussfolgerung sei aber irrtümlich, denn
der Reparationsagent übersehe, daß die Länder und Ge-
meinden unumgängliche Ausgaben für Volk, Wirtschaft
und Kreis zu erfüllen haben und daß der dafür notwendige
Aufwand unter allen Umständen gedeckt werden müsse.

Wenn der Reparationsagent beanstande, daß die Zah-
lungen an die Länder und Gemeinden ohne Rücksicht auf
die finanzielle Lage und Bedürfnisse geleistet werden, so be-
rühre er hier die von Bayern immer wieder erhobene For-
derung nach einem individuellen Finanzausgleich zwischen
Reich und Ländern. Der Reparationsagent scheine im übrigen
den Zusammenhängen in ihrer Gesamtheit gerecht zu werden.
Wenn er dabei im Interesse der Wirtschaft für eine Drossel-
ung der öffentlichen Ausgaben sei, so berüchtigte er nicht
genügend, daß die öffentlichen Arbeiten und der öffentliche
Bedarf im Staat und in den Gemeinden für die Wirtschaft
in Deutschland von jeher eine große Bedeutung gehabt haben.